

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

1.7.1927 (No. 150)

Expedition:
Karlsruher
Str. 14
Telefon:
Nr. 953
und 954
Postkonto
Karlsruhe
Nr. 8515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. End,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2.— RM, einsehb. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Nichterhalten tariffreier Kost, der als Kassenscheck gilt und verworfen werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anträge auf Abnahme sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern behandelt. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vortreibung, und Konkursverfahren fällt der Abnehmer die Haftung für die Erfüllung der Abnahme über. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Hofzeitungsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

* Eine Warnung

Der in der Form eines sozialdemokratisch-demokratischen Antrags eingebrachte Gesetzentwurf, betr. die Verlängerung des Sperrgesetzes für Fürstenabfindungsprozesse, ist gestern im Reichstag in zweiter und dritter Lesung mit einer Mehrheit von 233 Stimmen gegen 167 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen worden. Dennoch gilt das Gesetz als abgelehnt, da es, weil verfassungsändernd, eine Zweidrittel-Mehrheit benötigt, und die mit jenen 233 Stimmen nicht erreicht worden. Für den Gesetzentwurf stimmten die Sozialdemokraten, die Demokraten, die Kommunisten, der Bayerische Bauernbund, der größte Teil der Wirtschaftspartei und das Zentrum. Dagegen stimmten die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Bayerische Volkspartei, die Deutsch-Völkischen und die Deutsch-Hannoveraner. Der Stimme enthielten sich Reichsanwalt Dr. Marx und Reichsarbeitsminister Dr. Brauns.

Die Abstimmung war deshalb so besonders bemerkenswert, weil sich hier zum erstenmal das Zentrum geschlossen von seinen Koalitionspartnern trennte und mit der Opposition ging. Gewiß hatten die Fürsten und Landesherren, deren Abfindung noch nicht geregelt ist, sich in schriftlichen Erklärungen der Reichsregierung gegenüber verpflichtet, in diesem Jahre keine Prozesse anzukündigen. Aber eine solche Erklärung ist ja rechtlich nicht bindend. Und, wenn einer der früheren Fürsten und Landesherren jetzt doch einen Prozeß heraufbeschwört, dann können unter Umständen Urteile gefällt werden, die für das betroffene Land finanziell katastrophal sind und politisch die Leidenschaften außerordentlich erhitzen.

Das Zentrum hat deshalb geglaubt, die Verantwortung für derartige Eventualitäten vor seinen Wählern nicht übernehmen zu können. Es hat für den Antrag der Opposition gestimmt in einer Abstimmung, die namentlich war. Aber auch der größte Teil der Wirtschaftspartei, die ja sonst meistens mit der regierenden Koalition geht, hat unter richtiger Berücksichtigung der wahren Volksmeinung dafür gestimmt. Einen praktischen Erfolg hat das alles ja nicht gehabt, weil auch mit den Stimmen des Zentrums und der Wirtschaftspartei die vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde.

Politisch ist der Vorgang aber doch von großer Bedeutung. Allerdings wird jetzt schon in deutschnationalen Zeitungen versichert, die Regierungskoalition sei durch die Extratour des Zentrums keineswegs gefährdet, zumal es sich in diesem Falle um eine Angelegenheit zweiten Ranges gehandelt habe; dagegen müsse man unter Umständen mit Nachwirkungen rechnen, die recht folgenreicher sein könnten. Aus deutschnationalen Kreisen werde die Drohung laut, man werde „auch einmal aus der Reihe tanzen“. Diese Drohung kann naturgemäß nur auf das Reichsschulgesetz bezogen werden, mit welchem sich die Deutsche Volkspartei nur recht schwer abfinden wird. Wir glauben indessen nicht, daß dieser Drohung, die übrigens von der deutschnationalen Presse viel eifriger kolportiert wird, als von der Presse der Deutschen Volkspartei selbst, allzu ernst zu nehmen ist.

Unter allen Umständen bedeutet das Verhalten des Zentrums eine Warnung für die übrigen Koalitionsparteien, eine Warnung, dem Zentrum nicht das Eintreten für Maßnahmen zuzumuten, die nun einmal von der überwiegenden Mehrheit des Volkes als bedenklich oder gefährlich empfunden werden. Das Zentrum weiß aus der Volksabstimmung über die Fürstenabfindung sehr genau, wie die Stimmung im Volke ausfällt. Und dem hat es Rechnung getragen. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei haben jedenfalls an einem praktischen Beispiel erkennen müssen, daß das Zentrum nicht gewillt ist, mit ihnen durch die dicken Wände zu gehen.

Ein bißchen komisch ist übrigens die Art und Weise, wie die deutschnationale Presse vor ihren Lesern die Haltung der eigenen Fraktion begründet. Nach dieser Begründung haben die bisher abgefundenen Fürsten viel zu wenig bekommen. „Preußen sei bei der Auseinandersetzung geradezu glänzend weggekommen“, weil „die Hohenzollern, die schon während mancher Kriege allen Besitz für das Vaterland hergegeben haben (1), zugunsten des preussischen Staates auf einen sehr erheblichen Teil ihres Besitzes verzichteten“. Mit einer derartigen Auffassung setzt sich die deutschnationale Presse in einen bewußten Gegensatz zum allgemeinen Volksempfinden.

Die Behauptung aber, die Hohenzollern hätten während einzelner Kriege „allen Besitz hergegeben“, ist so abgeschmackt, daß man den Schreiber solcher Zeilen und die, welche ihm Glauben schenken, um ihre Geschichtskenntnisse oder um ihre Wahrheitsliebe wirklich nicht beneiden darf.

Bericht über die Weltwirtschaftskonferenz in den Reichstagsausschüssen

In einer gemeinschaftlichen Sitzung des Auswärtigen, des Volkswirtschaftlichen und des Handelspolitischen Ausschusses des Reichstages gab Reichsminister A. D. Dr. Hermes einen ausführlichen Bericht über Verlauf und Ergebnis der Weltwirtschaftskonferenz, soweit sie Agrarfragen betraf.

Gewerkschaftssekretär Eggert vom A. D. G. V. berichtete dann über seine Wirklichkeit auf der Genfer Konferenz, vor allem über die Beschlüsse der Konferenz zur internationalen Handelspolitik und über die Behandlung der Kartellfrage in Genf. Er beklagte sodann, daß die Konferenz die Forderung der Arbeitergruppe nach Schaffung eines Internationalen Wirtschaftsamt unter der Oberhoheit des Völkerbundes nicht angenommen habe. Das Wirtschaftsamt hätte sich der Aufgabe widmen sollen, die Arbeiten der Konferenz fortzuführen und darüber hinaus die Vermittlung bei wirtschaftlichen Streitigkeiten einzelner Nationen zu übernehmen. Die jetzige Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes sei zu dieser umfassenden Aufgabe nicht genügend gerüstet.

Au die Vorträge schloß sich eine längere Diskussion.

Keine Vorausziehung des Rückzahlungstermins für Mittelstandskredite

In volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages gab die Reichsregierung bei Behandlung eines volksparteilichen Antrages über den Rückzahlungstermin für die vom Reich gegebenen Mittelstandskredite eine Erklärung ab, wonach angesichts der bei den Sparkassen und Kreditgenossenschaften bestehenden Geldknappheit einerseits und der Besserung der wirtschaftlichen Lage andererseits Schwierigkeiten wegen der Rückzahlung dieser Darlehen nicht zu erwarten seien. Die Reichsregierung sei daher der Auffassung, daß nach Entwicklung der Dinge nichts zu einer Änderung der festgesetzten Rückzahlungstermine zwinze. Auch die von der preussischen Regierung hergebrachten Mittelstandskredite seien inzwischen restlos ohne nennenswerte Schwierigkeiten zurückgezahlt worden. Der Antrag wurde durch diese Erklärung vom Ausschuss als erledigt erklärt.

Die „America“ ins Meer abgestürzt — die Insassen gerettet

WPA, Paris, 1. Juli. Auf dem Flugplatz de Bourget ist bei der Hafendirektion ein offizielles Telegramm eingetroffen, das mitteilt, daß die „America“ heute vormittag 5.46 Uhr etwa 200 m von der Küste bei Ver-sur-Mer (nordöstlich von Bageux, Departement Calvados) ins Meer gestürzt ist, nachdem sie die Pariser Gegend gegen 3 Uhr morgens überflogen hatte. Bord und seine Mannschaft sind gerettet.

Besichtigung von Byrd's Abstieg

Die Marinepräpektur in Cherbourg bestatigt die Meldung, daß die „America“ um 5.40 bei Ver-sur-Mer, etwa 200 Meter von der Küste entfernt aufgefunden worden sei. Byrd hatte Hilfe verlangt um sein Flugzeug an Land bringen zu können.

Das neue sächsische Kabinett. Ministerpräsident Helldorf hat nunmehr das neue Kabinett gebildet. Es setzt sich zusammen: Helldorf (Alt-Soz.), Ministerpräsident; Dr. Albert (Dem.), Innenminister; Dr. Kaiser (D. Sp.), Volksbildungsminister; Weber (Wirtschaftspartei), Finanzminister; Dr. Krug von Nidda (Deutschn.), Wirtschaftsminister; Dr. von Fumetti (Volkspartei), Justizminister; Elsner (Soz.), Arbeitsminister. Die Ernennung des stellvertretenden Ministerpräsidenten ist noch nicht erfolgt, sie wird aber vermutlich auf Dr. Krug v. Nidda fallen.

Informationsreise in das besetzte Gebiet. Die Ministerialkommission des Ministeriums der besetzten Gebiete wird am 10. Juli ihre Fahrt durch die Grenzgebiete beginnen. An erster Stelle wird der Pfalz ein Besuch abgestattet. Von der Pfalz aus wird sich die Kommission entlang der deutsch-französischen, luxemburgischen und belgischen Grenze zum Niederrhein begeben, wo am 16. oder 17. Juli die Reise ihr Ende findet. Für den Anfang Oktober hat der Reichsanwalt in seiner Eigenschaft als Minister der besetzten Gebiete eine Reise in die letzteren vorgezogen.

Die Reichsinduzierung für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Kleidung und sonstigen Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Juni 1927 auf 147,7 gegen 146,5 im Vormonat. Sie ist demnach um 0,8 Proz. gestiegen. Die Steigerung ist im wesentlichen auf eine Erhöhung der Ernährungsansgaben zurückzuführen, da bis auf Milch und Milcherzeugnisse dieselben eine aufwärts gerichtete Tendenz aufweisen.

Der Verfassungsfeiertag. Am Schluß der Dienstagssitzung des Reichsrates beantragte Staatssekretär Weismann namens der preussischen Regierung, in der nächsten Sitzung den 11. August als Verfassungsfeiertag zu erklären.

Der Haushaltsausschuss in Heidelberg

Das Unterrichtsministerium hat dem Landtag eine längere Denkschrift über die künftige bauliche Entwicklung der Universität Heidelberg zugehen lassen, in welcher sie u. a. sagt, daß der Zeitpunkt gekommen ist, der eine planmäßige Verbesserung der baulichen Mißstände erfordert. Nach den Ausführungen der Denkschrift entbehrt die Universität vor allem der nötigen Zahl größerer Hörsäle; sie reiche für die großen Vorlesungen bei weitem nicht aus und sind derart überfüllt, daß die Zugangsverhältnisse (Türen und Treppen) vom Standpunkt der Sicherheitspolizei den größten Bedenken begegnen. Die Raumverhältnisse sind geradezu katastrophal. Die naturwissenschaftlichen und die medizinisch-wissenschaftlichen Institute sind — von dem physikalischen abgesehen — zu klein und mehr oder weniger veraltet; ihre Verlegung über den Neckar ist in Aussicht genommen. Die Mehrzahl der Universitätskliniken entspricht nach Größe, Anlage und Einrichtungen den heutigen Anforderungen nicht mehr; ihre Erweiterung und teilweise Erneuerung ist geplant. Der Gesamtaufwand, den die Neu- und Umbauten der Universitätsgebäude erfordern werden, wird (nach Abzug des Erlöses aus der Veräußerung von Gebäuden) auf über 13 Millionen RM geschätzt.

Der Haushaltsausschuss begab sich deswegen, um sich durch Inaugenscheinnahme von den tatsächlichen Verhältnissen zu überzeugen, am gestrigen Donnerstag nach Heidelberg. An der Besichtigung beteiligten sich der Kultusminister Leers, der Finanzminister Dr. Schmitt, von den Ministerien des Hochschulerferent Geh. Rat Schwörer mit zwei seiner Mitreferenten, der Ministerialdirektor Dr. Huber, Generalstaatsanwalt Dr. Hafner, Ministerialrat Dr. Dirsch usw.

In Heidelberg wurden die Vertreter des Landtages und der Regierung von der Stadtverwaltung empfangen, im Universitäts-Hauptgebäude am Ludwigplatz legte der Rektor Geh. Rat Dr. Ranzer, der übrigens eine Verurteilung nach Berlin bekommen hat, die überaus schwierigen Raumverhältnisse und die sich daraus ergebenden schlimmen Begleiterscheinungen für Studenten und Professoren dar. Dann ging es an die Besichtigung der bekanntlich in der Stadt sehr zerstreut liegenden Universitäts-Gebäulichkeiten und Kliniken, welche volle 4 Stunden in Anspruch nahm. Sie ergab allerdings die glatte Bestätigung der in der Denkschrift behaupteten Mißstände. Raumverhältnisse überall, unhygienisch und veraltet eingerichtete Lehrstühle, Bewegungsfreiheit für die Studierenden, Feuergefahr in den verbauten und unzureichend reparierten Gebäulichkeiten usw. In den Kliniken leiden darunter die Kranken in hohem Maße, in den anderen Instituten leidet die Ausbildungsmöglichkeit der Studenten. Die Zahl dieser ist eben in den letzten Jahren immer größer geworden, erklärlich, daß sich überall die Raumverhältnisse von selbst ergeben. Allgemein herrschte der Eindruck vor: Hier muß der Staat eingreifen, muß helfen, trotz der großen finanziellen Aufgaben, welche er zur Zeit an den Universitäten Freiburg zu lösen hat.

Dies sagte denn auch der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Staatsrat Dr. Marum, bei dem nachherigen Mittagessen auf der Mollenkur, nachdem Oberbürgermeister Dr. Wals die Landtags- und Regierungsvertreter begrüßt hatte, zu, soweit der Haushaltsausschuss in der Lage sei, sein persönlicher Eindruck sei der, daß er erschüttert sei von all dem, was er gesehen habe. Es sei höchste Zeit, diese Zustände zu ändern. Für die kulturellen Aufgaben der Universitäten müsse der Staat Geld haben; es (Marum) sei Unitarier aber das belenne er, Heidelberg darf nicht Reichsuniversität werden! Das badische Parlament muß hier leisten, was nur irgendwie möglich ist. Der Kultus- und der Finanzminister, welche Herren ja selbst alles mitangesehen hätten, würden sicher alles tun, um die beklagten Mißstände, wenigstens zunächst teilweise, abzustellen. Die Herren Professoren dürften andererseits, wenn der Staat hilft und eingreift, nicht vergessen, daß die Universitäten die Aufgabe haben, die künftigen Staatslenker und Staatsbeamten für den neuen Staat heranzuziehen, daß die Universitäten Teile dieses Staates sind und von dem Geiste des Zuverlässigkeit und Anhänglichkeit an das neue Staatswesen erfüllt sein müssen. In dem Geben und Nehmen zwischen Landtag, Regierung und Universität vollziehe sich der große notwendige Ausgleich.

Nach dem Mittagessen besichtigten die Vertreter des Landtages mittels Autos noch das Mittelstands-Sanatorium Speyerer Hof, das im Ausbau begriffen und eine Erholungsstätte ersten Ranges wird. Hier gab Prof. Dr. Franke die nötigen Erläuterungen. Ein Teil der Abgeordneten sah sich

Mit der Beilage: 32. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	1. Juli		30. Juni	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam 100 G.	168.86	169.20	168.85	169.19
Kopenhagen 100 Kr.	112.88	112.90	112.86	112.88
Stallen . . . 100 S.	23.37	23.41	23.30	23.34
London . . . 1 Pf.	20.47	20.51	20.469	20.509
Reinhold . . . 1 D.	4.215	4.223	4.2155	4.2235
Paris . . . 100 Fr.	16.505	16.545	16.50	16.54
Schweiz . . . 100 Fr.	81.135	81.295	81.145	81.305
Wien 100 Schilling	59.32	59.44	59.32	59.44
Prag . . . 100 Kr.	12.491	12.511	12.485	12.508

Erhöhung des Privatdiskonts. Der Privatdiskont wurde für beide Sichten auf 6 Proz. erhöht.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 2. Juli bis 9. Juli 1927.

a) Im Landestheater:

Samstag, 2. Juli. Außer Miete. Th.-Gem. 1201—1400 und 3. S. Or. Neueinstudiert: Sylvia. Ballett von Jules Barbier und Mante. Musik von Delibes. 8—10 (7.—).
Sonntag, 3. Juli. * A 20. Th.-Gem. 901—1000. Abschiedsvorstellung für Dr. Heinz Knoll: Tosca. Oper von Puccini. 7½—10 (7.—).
Montag, 4. Juli. Außer Miete. Volkstümliche Vorstellung zu halben Preisen: Carmen. Oper von Bizet. 7½—10½ (8.50).
Dienstag, 5. Juli. * C 30. Th.-Gem. 701—900 und 1101 bis 1200. Jubil. Eclogödie von Hebbel. 7½ bis nach 10½ (5.—).
Mittwoch, 6. Juli. 9. Vorstellung der Schülermiete. Thomas Painé. Schauspiel von Hans Jost. Eine beschränkte Anzahl von Plätzen ist für den allgem. Verkauf freigehalten. 6½—8½ (5.—).
Donnerstag, 7. Juli. Volkstümliche 11. Solpone oder: Der Tanz ums Gelb. Eine liebevolle Komödie von Ben Jonson. 7½ bis nach 10½ (5.—).
Freitag, 8. Juli. Volkstümliche 11. Solpone oder: Der Tanz ums Gelb. Eine liebevolle Komödie von Ben Jonson. 7½ bis nach 10½ (5.—).
Sonntag, 9. Juli. * A 30. Th.-Gem. 1001—1100; 1401—1525 und 3. S. Or. Letzte Vorstellung vor den Ferien. Zum ersten Mal: Das Nürnbergische Ei. Schauspiel von Walter Hasencamp. 7½—10 (5.—).
Erste Vorstellungen nach den Ferien
Samstag, 3. September 1927: Florian Geuer von Gerhart Hauptmann.
Sonntag, 4. September 1927: Don Giovanni von Mozart.

Saison-Ausverkauf

Gewaltige Preisermäßigungen
in Saison-Artikeln unserer gesamten Lager.

Hervorragende Einkaufsgelegenheit
für den Sommer und die Reise

Prüfen Sie unsere Qualitäten und Preise

Schriftliche Bestellungen werden sofort erledigt

Geschw. Knopf KARLSRUHE

Unsere TEILZAHLUNG Saison-Ausverkaufs-Preise

Mousseline-Blusen 95 Pfg.
 „ Kleider 1.60 Mk.
 Waschseid. Kleider 7.50 6.50 3.50 Mk.
 Entzückende Kleider aus Halvella-Seide 9.80 Mk.
 Herren-Anzüge von 29.— an

Bereichen Sie außerdem unsere Spott-Preise im Schaufenster. — Mengenabgabe vorbehalten.

Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft
Kronenstr. 40 Karlsruhe Ede Marktgrafenstr. 2

Deutsche Turn- und Sportausstellung 1927

in der Städtischen Ausstellungshalle.
 Geöffnet von 10 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.
 Eintrittspreise: 50 Pfg. für Erwachsene, 30 Pfg. für Schüler und Kinder.
Jeder Erwachsene erhält ein Geschenk.
 Jeder 1000. Besucher eine Wochenendkarte.
Freitag, den 1. Juli, ab 7½ Uhr abends:
 Sportliche Vorführungen des Turnerbundes Westertheim. Filme des Oberrhein. Christl. Jungmännerbundes und lustige Filme.
Sonntag, den 2. Juli, ab 8 Uhr abends:
 Sportliche Vorführungen des Bezirksvereins „Geros“. Filme der Deutschen Turnerschaft und lustige Filme.
Sonntag, den 3. Juli:
 Hauptversammlung des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen. Zielfahrt des R.D.A.G. 3 Uhr nachm.: Korso.
 5 Uhr nachm.: Große Kundgebung in der Festhalle. (Freier Eintritt.) Es werden sprechen: Erz. Dr. Kewald, Staatssekretär a. D., — Oberbürgermeister Dr. Adenauer, Köln, — Kultusminister Leers. G. 526
 9 Uhr abends: Filme der Deutschen Turnerschaft.

Operette im Konzerthaus

Morgen Samstag, den 2. Juli 1927
 und die folgenden Tage der Ausstattungsschlager
Der ORLOW
 Karten bei Müller, Kaiserstraße; Holzschuh, Werderstraße; Brunnort, Kaiserallee; Konzerthauskasse und telephonisch (7260) zu Mark 1.50 bis 5.50.

Schutz der bei Bauten beschäftigten Personen gegen Berufsgefahren

Verordnung des Ministeriums des Innern und des Ministeriums für Übergangswirtschaft und Wohnungswesen vom 26. März 1919.

Wortlaut des Gesetzes
 auf den neuesten Stand gebracht
 Preis 50 Pfennig.

Verlag G. Braun in Karlsruhe
 Karlsruherstraße 14

Öffentliche Zustellung einer Klage.
 Die Mittelbadische Ziegelverlauftstelle G. u. S. G. in Offenburg, vertreten durch den Geschäftsführer Franz Schweig in Offenburg, klagt gegen den Alois Kromer, Zementgeschäft in Mählberg, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, unter der Behauptung, daß der Beklagte der Klägerin aus dem Wechsel vom 15. Februar 1927, fällig am 15. Mai 1927 45.— Mk. nebst 2% Zins über Reichsbankdiskont seit dem 15. Mai 1927, ferner 1,01 Mk. Protest- und Mühlauflagen schulde mit dem Antrage auf kostenpflichtige vorläufig vollstreckbare Verurteilung des Beklagten zur Zahlung von 45.— Mk. nebst 2% Zins über Reichsbankdiskont vom 15. Mai 1927, ferner von 1,01 Mk. Protest- und Mühlauflagen.
 Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Bad. Amtsgericht in Offenburg, Zimmer Nr. 6, auf Donnerstag, 18. August 1927, vormittags 9 Uhr geladen.
 Q. 11
 Offenburg, 30. Juni 1927.
 Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts H.

Schwebingen. Q. 10
 Güterrechtsregisteramt
 Band II S. 478: Schwebheimer, Karl Friedrich, Schuhmacher in Schwebingen u. Josefina geb. Gärtner. Vertrag vom 18. Juni 1927. — Gütertrennung —
 Schwebingen, 29. 6. 1927.
 Bad. Amtsgericht I.

Q. 12
Konkursverfahren.
 über das Vermögen des Viktor Karl Ellinger in Lahr, Inhabers der Firma Viktor Karl Ellinger, Strickwarenfabrik in Lahr, wurde heute mittags 12 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Buchrevisor W. Thies in Lahr. Konkursforderungen sind bis zum 16. Juli 1927 beim Gerichte anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entschliebung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen ist am Dienstag, 26. Juli 1927, vorm. 9 Uhr, vor dem Amtsgericht, II. Etz., Zimmer 31.
 Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt, oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Ge-

meinschuldner leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgeforderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis zum 10. Juli 1927 anzuzeigen.
 Lahr, 27. Juni 1927.
 Bad. Amtsgericht.

Pianos
 Harmoniums
 Sprech-Apparate
 kaufen Sie in der Fabrik - Niederlage der leistungsfähigen Harmonium- und Piano-Fabrik
H. Goll A.-G.
 Filiale Karlsruhe
 Waldhornstraße 30
 Telefon 6835
 in jeder Beziehung vorteilhaft!



Badisches Landestheater
 Samstag, den 2. Juli 1927
 Außer Miete (erstes Vorrecht Miete G) Th.-Gem. 1201—1400 und III. S. Or.
 Neu einstudiert
Sylvia
 Ballett von Jules Barbier und Mante
 Einstudierung: G. Wieselhof
 Musikalische Leitung: Dr. Heinz Knoll
 Szenische Leitung: Helmut Grobe
 Sylvia Wieselhof
 Aminta Reithel
 Orion Brand
 Amor Geuser
 Diana Seibertich
 Endymion Geuser
 Anfang 8 Ende 10
 I. Sperrzeit 7.— M.
 So. 3. Juli: Abschiedsvorstellung für Dr. Heinz Knoll: Tosca. Mo. 4. Juli: Volkstümliche Vorstellung zu halben Preisen: Carmen.
 Dienstag, 5. Juli: Jubil.

Leser Bücher
 Wissen zu Macht